

## Emigration und intellektuelle "Ausdünnung" der Nachkriegssozialdemokratie

Fleck, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fleck, C. (1990). Emigration und intellektuelle "Ausdünnung" der Nachkriegssozialdemokratie. In R. Ardelt, & H. Hautmann (Hrsg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich: in memoriam Karl R. Stadler* (S. 669-689). Wien: Europaverl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-235123>

### Nutzungsbedingungen:

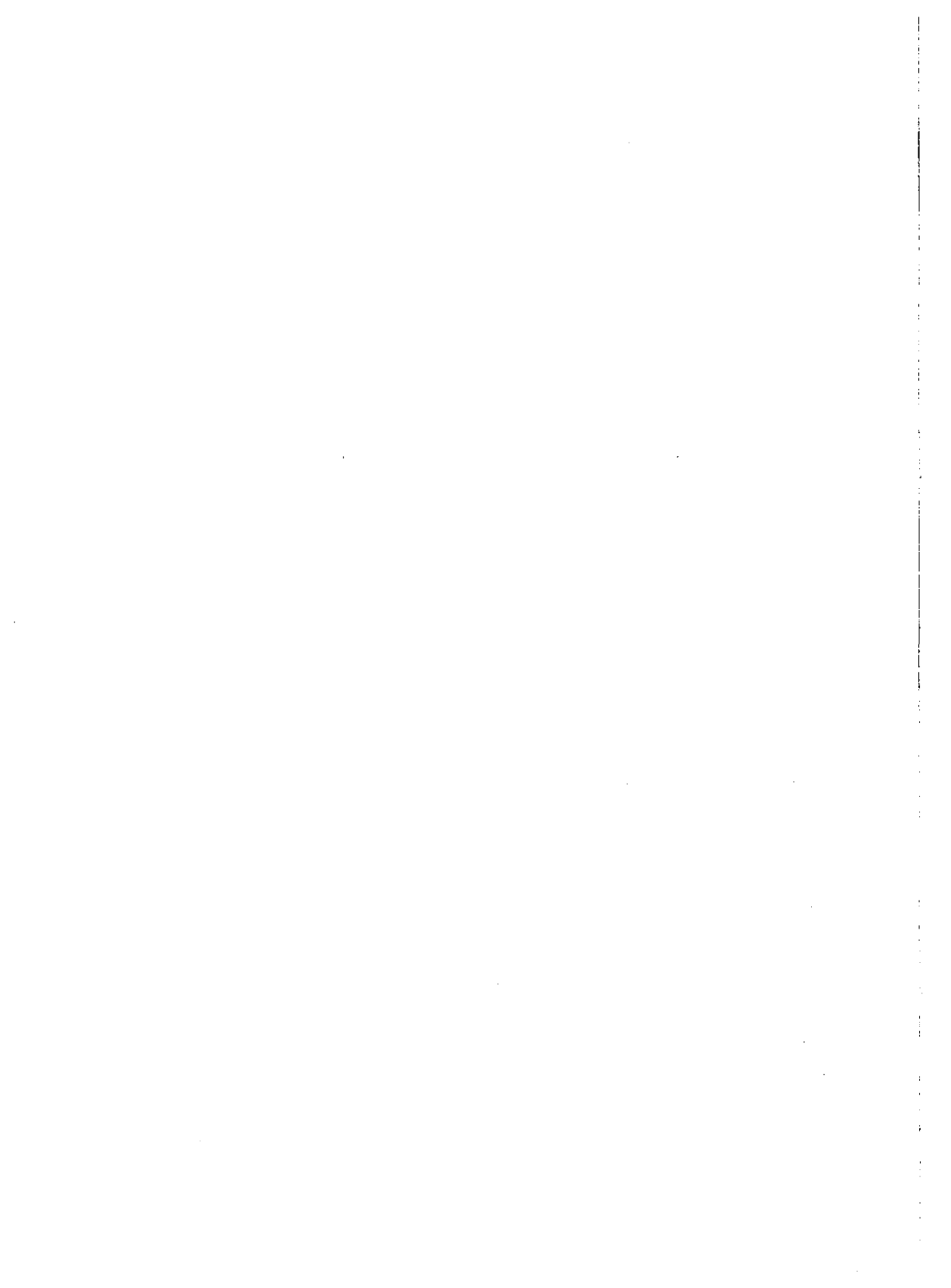
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



# Christian Fleck

## Emigration und intellektuelle "Ausdünnung" der Nachkriegs- sozialdemokratie

Österreichische Publikationen zu Emigration und Exil sind vor allem Politikern und Künstlern gewidmet. Die darin zum Ausdruck kommende Präferenz für prominente Individuen ist angesichts der Material- und Quellenlage durchaus verständlich. Weitgehend vernachlässigt wurde dagegen die kollektive Emigration und daher fehlen immer noch Studien zur Emigration unterhalb der prominenten Elite, woran auch die im Erscheinen befindliche Quellenedition wenig zu ändern vermag.<sup>1</sup> Umso bedeutender ist daher die Arbeit von Karl R. Stadler, die sich mit einer Emigrationswelle als kollektivem Schicksal befaßt – der Schutzbundemigration –,<sup>2</sup> die aber bislang keine Nachahmung fand. Das Fehlen sozialgeschichtlicher oder soziologischer Studien zur Emigration als kollektivem Prozeß hat viele bekannte Gründe und die ebenso bekannte Folge, daß über wichtigen Fragen immer noch ein Schleier liegt, den Nichtwissen und interessiertes Verschweigen ausgebreitet haben. Die nachfolgenden Ausführungen sind von diesem Mangel nicht frei, auch wenn sie wenigstens ansatzweise einen anderen Weg beschreiten wollen. Im Zentrum steht die in der einschlägigen Literatur en passant mehrfach erwähnte Thematik der Auswirkungen der Emigration auf die SPÖ der Zweiten Republik; aus den eben angeführten Gründen beschränke ich mich auf die Analyse einer Emigrantengruppe, möchte aber am Beispiel dieser zahlenmäßig kleinen Gruppe die Problematik der Emigration als kollektives Phänomen illustrieren.

Gerade hinsichtlich der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie dürfte die Behauptung nicht mehr kontroversiell sein, daß diese von einer deutlichen Diskontinuität gekennzeichnet ist, die nicht zum geringsten Teil mit der mehr als zehnjährigen Illegalität und der in diese Periode fallenden Emigration bedeutender Teile ihrer Anhänger- und Aktivistschaft zusammenhängt. Der markante Unterschied zwischen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Ersten und der Sozialistischen Partei der Zweiten Republik kann nicht zuletzt auf die personellen Verluste zurückgeführt werden, die die Partei zwischen 1933 und 1945 erlitt. Über die quantitative und mehr noch über die sozialstrukturelle Zusammensetzung dieser Verluste wissen wir herzlich wenig, weswegen wir uns mit einer typologischen Darstellung zufrieden geben müssen. Ich unterscheide dabei nach drei Seiten: dem Zeitpunkt, den mutmaßlichen Charakteristika der Zusammensetzung der jeweiligen Gruppe und dem Grund bzw. Ort, wohin diese "Abströme" gingen:

**Erstens** gingen vor und besonders nach dem Februar 1934 Aktivisten an die KPÖ verloren. Das Gemeinsame dieser Gruppe scheint darin zu liegen, daß es sich um jüngere, militante Kader der alten Sozialdemokratie bzw. verschiedener ihrer Vorfeldorganisationen handelte. Neben jugendlichen Arbeitern aus den Industriegebieten wechselten wohl auch zahlreiche Angehörige der Intelligenz die Partei.

**Zweitens** verlor die Sozialdemokratie während des Ständestaates und der NS-Herrschaft Anhänger an die NSDAP. Darüber haben hier kompetentere berichtet, sodaß ich mir eigene Kommentare ersparen kann.

**Drittens** verlor die Sozialdemokratie während beider Diktaturen Aktivisten durch gewaltsamen Tod und **viertens** ging der Sozialdemokratie durch die rund um den "Anschluß" erfolgte Vertreibung und Flucht die vermutlich zahlenmäßig größte Gruppe – wie sich zeigen sollte: dauerhaft – verloren. Gerade über diese Emigrationswelle wissen wir am wenigsten.<sup>3</sup> Die Ansicht, daß mit dem jüdischen Exodus der Sozialdemokratie das intellektuelle Umfeld verloren ging und deren Repräsentanten in der Nachkriegszeit nichts zur Wiedergewinnung taten, dürfte mittlerweile konsensfähig sein.<sup>4</sup> In meinen Ausführungen möchte ich mich vor allem mit dem zuletzt genannten Phänomen auseinandersetzen und dabei den Verlust nach zwei Seiten hin thematisieren: Einmal als Emigration von Personen und

zum anderen als Verlust an Intellektualität, oder mit anderen Worten: als Verlust der Diskursfähigkeit. Demonstrieren will ich diese These am Beispiel linker Sozialwissenschaftler, die im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts geboren wurden und während der dreißiger Jahre in die Emigration gingen.

Die Beschränkung auf diese Kohorte ist nicht so willkürlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Vor allem vier Gründe können als Rechtfertigung angeführt werden. Erstens handelt es sich um Personen, die 1945 jung genug waren und daher die Möglichkeit gehabt hätten, aus der Emigration zurückzukehren und eine neue Karriere zu beginnen. Zweitens sind die in die Betrachtung Einbezogenen vor 1934 durchwegs keine Berufspolitiker gewesen, sondern politisch engagierte Intellektuelle, sodaß man annehmen darf, daß fraktionelle Rivalitäten als ein einer Remigration hinderlicher Faktor gering zu veranschlagen wären. Drittens wurde diese Kohorte während der Ersten Republik politisch sozialisiert; daher traf auf sie die identitätsstiftende Parole der illegalen Partei nach 1934, "Wir kommen wieder", vorzüglich zu. Schließlich sollte man viertens nicht vergessen zu erwähnen, daß die Angehörigen der hier betrachteten Generation generell zu denen zählten, die in den dreißiger Jahren in verschiedenen politischen Bewegungen und Richtungen zu Neuorientierungen wesentlich beitrugen.

Jeder der vier genannten Faktoren kann als Grund dafür betrachtet werden, daß einer Remigration jedenfalls in diesen Aspekten nichts entgegengestanden wäre. Das Alter und die Verbundenheit mit dem Milieu der Zwischenkriegssozialdemokratie sprächen ebenso dafür, wie das Fehlen von politischen Rivalitäten das Auftreten von Intrigen unwahrscheinlich hätte machen müssen.<sup>5</sup>

Das geistige Leben Wiens der Zwischenkriegszeit wurde schon oft gewürdigt. Ich will diesen Hymnen keine weitere anfügen, sondern nur knapp den politisch-kulturellen Hintergrund beleuchten, den die hier betrachtete Emigrantengruppe in ihren Jugendjahren erlebte. Auch wenn es zweifelsfrei richtig ist, daß junge Sozialwissenschaftler in der Ersten Republik aus einem großen Reservoir Anregungen gewinnen konnten – ich nenne stellvertretend die psychologischen Schulen von Adler, Bühler und Freud und die methodologischen Bemühungen des Wiener Kreises, sowie die staatsrechtlichen Konzepte von Kelsen –, sollte man nicht dem geistesgeschichtlichen Fehler verfallen, die Welt der Ideen für das Gesamt der Zeit zu halten. Mit Nachdruck ist darauf

zu verweisen, daß die institutionellen Gegebenheiten für die Ausbreitung der genannten Schulen und mehr noch für die jüngeren Nachfolger denkbar ungünstig waren. Das österreichische Wissenschaftssystem der Ersten Republik prämierte gleichsam verkehrt proportional: Förderung erfuhren intellektuell Mittelmäßige, politische gegenüber den bürgerlichen Machteliten Willfähige und insgesamt traditionelle Wissenschaftsdisziplinen. Positionen, die den Prinzipien der Aufklärung verpflichtet waren, wurden dagegen von offizieller und anderen Seiten behindert und bekämpft. Allein daraus erwuchs schon eine Affinität liberal-bürgerlicher Wissenschaftler zur Sozialdemokratie, die ihrerseits eine respektvolle Achtung vor der eben nicht pauschal als "bürgerlich" denunzierten modernen Wissenschaft demonstrierte.

Der folgende Versuch eines Porträts der Generation linker Sozialwissenschaftler kann diese Interdependenz von Anregung und Achtung illustrieren. Von dem runden Dutzend,<sup>6</sup> das in die folgende Analyse einbezogen wurde, lassen sich einige charakteristische Gemeinsamkeiten anführen: Die meisten stammten aus dem jüdischen (Klein-) Bürgertum Wiens, dessen Affinität zur Sozialdemokratie in der Elterngeneration zwar gegeben war, aber nicht bis zur aktiven Beteiligung gedieh. Die meisten wandten sich während der Jahre ihrer eigenen politischen Sozialisation den sozialistischen Jugendorganisationen zu und demonstrierten damit mehr an politischem Aktivismus als noch ihre Eltern. Das Attentat Adlers auf den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh wird von vielen als prägende Jugenderinnerung berichtet. Innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung gehören sie dem linken Flügel an, was aber durchaus damit vereinbar war, daß Otto Bauer als politisch-intellektuelle Bezugsperson fungierte. Schon in frühen Jahren beginnen die Angehörigen dieser Generation in den Organen der Arbeiterbewegung zu publizieren, anfangs in der "Sozialistischen Erziehung", später dann in "Arbeit und Wirtschaft" und im "Kampf". Neben ihren politischen Aktivitäten absolvieren sie ein Universitätsstudium, das sie in verhältnismäßig kurzer Zeit abschließen. Die Wahl der Studienfaches ist meist ein Kompromiß zwischen intellektueller Neigung, dem kargen Angebot und der Einsicht in die Notwendigkeit späterer Berufsausübung. Viele absolvieren daher ein Doppelstudium: Ausbildung zum Juristen oder zum Volksschullehrer gekoppelt mit einem Dissertationsstudium, das stärker den individuellen Neigungen oder politischen Plänen entsprach.

Das offenerzige Bekenntnis von Marie Jahoda, sie habe ein Psychologiestudium begonnen, weil sie fest davon überzeugt gewesen sei, in einer künftigen sozialistischen Regierung Unterrichtsminister zu werden, wofür ihr Psychologie die beste Voraussetzung zu sein schien, darf m. E. in abgewandelter Form auch für die anderen jungen Sozialwissenschaftler gelten.<sup>7</sup> Trotz solcher vorgängiger Zwecksetzungen sozialisierte das Universitätsstudium erfolgreich: aus jungen Sozialisten mit instrumenteller Wißbegier wurden im Lauf des Studiums junge Sozialwissenschaftler mit politischen Interessen.

Das Porträt der Generation wäre unvollständig, würde darauf vergessen, daß dem erwähnten schwachen Institutionalisierungsgrad der sozialwissenschaftlichen Disziplinen eine ebenso geringe Professionalisierung entsprach. Universitätsstudien hatten keine Ausbildungscharakter und nach Studienabschluß stand für den Absolventen durchaus nicht fest, welchen Beruf er ergreifen könnte – falls man, wir schreiben die Jahre der Weltwirtschaftskrise, überhaupt einen fand. Wenigstens für die Jahre der Demokratie entstand aus dieser doppelten Unmöglichkeit – der fehlenden Institutionalisierung bzw. Ausweitung bestehender sozialwissenschaftlicher Disziplinen und den nicht vorhandenen Arbeitsplätzen für Universitätsabsolventen – ein institutionelles Geflecht eigener Natur. Die bekannte Tatsache der selbstbewußten Ausgestaltung des unfreiwillig geschaffenen Ghettos im Roten Wien schuf auch für die Sozialwissenschaftler Tätigkeitsfelder, und die Sozialdemokratie war in diesen Jahren flexibel genug, Neugründungen zuzulassen. In diesen Nischen finden wir in den letzten Jahren der ersten österreichischen Republik nahezu alle Angehörigen der späteren sozialwissenschaftlichen Emigration. Zu nennen sind die Arbeiterkammer Wien, diverse Einrichtungen der Gemeinde Wien wie das Pädagogische Institut und die Sozialfürsorge, die Volkshochschulen, die Bildungszentrale und das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Auch in zwei formell unabhängigen Instituten, die künftige sozialpartnerschaftliche Konstellationen antizipierten, fanden, wenn auch quantitativ unterschiedlich, Linke Arbeit. Sowohl das Konjunkturforschungsinstitut als auch Lazarsfelds Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle besaßen Kuratorien, in denen Arbeiterkammer und Handelskammer vertreten waren. Unnötig zu betonen, daß die liberalen Ökonomen natürlich nicht in der Nähe der Sozialdemokratie zu verorten sind; allerdings sollte nicht übersehen

werden, daß dieses Institut eine der wenigen politisch pluralistisch zusammengesetzten Einrichtungen der Ersten Republik war.

Praktisch alle diese Institutionen wurden nach dem Februar 1934 sukzessive geschlossen oder gesäubert. Damit gingen der Mehrzahl nicht bloß Verdienstmöglichkeiten verloren, sondern auch – was für Intellektuelle fast ebenso schmerzlich sein kann – Diskussionszirkel und Publikationsmöglichkeiten. Die ständestaatliche Repression erfolgte in einer Wende, angesichts welcher man an der politischen Urteilsfähigkeit der damaligen Obrigkeit massive Zweifel bekommen muß: Der Verein Ernst Mach, das Organ zur Popularisierung der Thesen des Wiener Kreises, wurde wegen des Verdachtes, sozialdemokratische Propaganda zu treiben, umgehend verboten, hingegen beließ man in den Volkshochschulen teilweise die alten Vortragenden. Benedikt Kautsky durfte unter neuer Leitung in der Arbeiterkammer ebenso weiterarbeiten wie Neuraths Museum nach einer vorübergehenden Schließung wiedereröffnet wurde; die Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle wurde als privater Verein die längste Zeit unbehelligt gelassen, und als sie doch verboten wurde, geschah das quasi aus dem falschen Grund, und im Konjunkturforschungsinstitut arbeiteten Adolf Kozlik, Alexander Gerschenkron und andere bis zum Anschluß.<sup>8</sup> Die uneinheitliche, ja letztlich willkürliche Repressionspolitik des Ständestaates zerstörte trotzdem das intellektuelle Leben, und die Emigration der Intellektuellen setzt unmittelbar nach dem Februar 1934 ein.

Ergänzend zu dieser knappen Schilderung muß darauf verwiesen werden, daß neben der einen hier vor allem betrachteten Generation von Sozialwissenschaftlern natürlich auch andere von Entlassung und Vertreibung getroffen wurden. Die ältere Generation (Friedrich O. Hertz, Otto Neurath, Karl Polanyi, Käthe Leichter u.a.) traf der Verlust möglicherweise härter, hatten sie doch – anders als die nach der Jahrhundertwende Geborenen – seit Anfang, spätestens Mitte der zwanziger Jahre mehr oder weniger sichere Berufspositionen inne, und konnten sie nun nur ihre in diesen Jahren erworbene Reputation als Humankapital ins Exil mitnehmen. Die nach 1910 Geborenen standen dagegen vor dem Problem, mit leeren Händen – oder, um die Metapher intellektuellen Karrierenotwendigkeiten anzupassen: ohne Namen – das Land verlassen zu müssen. Die hier behandelte Generation nimmt in dieser Hinsicht eine Mittelposition ein. Praktisch alle haben die eine oder andere mehr oder weniger wissenschaftliche



Abhandlung schon vor der Emigration veröffentlicht. Sieht man von Paul Lazarsfeld, der zu diesem Zeitpunkt für wenigstens zwei Bücher als Autor respektive Herausgeber verantwortlich zeichnete, und den anderen Autoren der Marienthal-Studie ab, sind es vornehmlich Aufsätze, die in den Organen der Arbeiterbewegung publiziert wurden. Angesichts der späteren Arbeiten überraschen bei manchem die thematischen Interessen der Jugendjahre. Hans Zeisel schrieb über ökonomische Fragen, Leo Stern rezensierte ein "Bildstatistisches Elementarwerk" und schrieb über Steuerfragen, Alexander Gerschenkron war nicht nur eifriger Rezensent für den "Kampf", sondern nahm dort auch den politischen Meinungsstreit mit Karl Renner auf, während Albert Lauterbach vor 1934 häufig sowohl zu politischen wie zu ökonomischen Fragen Stellung nahm.<sup>9</sup> Diese Arbeiten sind wohl vornehmlich im Rahmen der intellektuellen Biographien ihrer Autoren von Interesse. Als Belege für den Diskurs der Sozialdemokratie in der Ersten Republik eignen sie sich weniger – wenn, dann als Indizien für die breite und tiefe Resonanz, die der von den Älteren geführte Diskurs fand.

Dogmatische Verhärtungen und eine Rezeptionshaltung, die aus dem Umstand der politischen Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie glaubt schließen zu können, auch die korrespondierenden theoretischen Analysen seien mit dem Odium erkenntnismäßiger Niederlage behaftet, d.h. falsch, haben in Jahrzehnten zu einer Sicht des Austromarxismus geführt, die dessen theoretische Leistungen nicht zu würdigen vermochte. Jüngst wurde hinsichtlich des systematischen Theoriebeitrages gezeigt, daß dieser weit gewichtiger ist, als im allgemeinen erkannt wurde<sup>10</sup> – und bezieht man in den Bewertungshorizont auch soziale Aspekte, wie Anregungen, Ideen und Diskussionszusammenhänge ein (man denke nur an Bauers "Geburtshilfe" bei der Marienthalstudie<sup>11</sup>), wird man das Urteil, das austromarxistische Milieu hätte für die Entwicklung der österreichischen Sozialwissenschaften von hervorragender Bedeutung sein können, kaum übertrieben finden. Gerade der Umstand, daß sich gegen Ende der demokratischen Phase der Ersten Republik im "Umfeld des Austromarxismus"<sup>12</sup> eine beträchtliche Zahl junger Sozialwissenschaftler bewegte, die erste Proben ihres Könnens abgelegt hatten, und von denen in den kommenden Jahren – eine andere politische Entwicklung kontrafaktisch unterstellt – Gewichtiges zu erwarten gewesen wäre, kann diese These illustrieren.

Tatsächlich kam es, wie wir wissen, anders. Austrofaschismus und Nationalsozialismus trieben Tausende in die Emigration, die für die überwiegende Mehrheit kein vorübergehendes Exil war – unter diesen auch die hier betrachteten Sozialwissenschaftler. Die österreichischen Sozialdemokraten gingen im Exil verschiedene Wege, so auch die Sozialwissenschaftler unter ihnen. Einige wenige wechselten nach dem Februar 1934 zur KPÖ oder anderen links von der Sozialdemokratie angesiedelten Gruppierungen; erwähnt seien hier Leo Stern, der bei den Internationalen Brigaden in Spanien war und sich später in Moskau habilitiert haben soll, und Albert Fuchs, der in England sein (erst posthum veröffentlichtes) Buch über die österreichische Geistesgeschichte schrieb.<sup>13</sup> Die Mehrzahl der intellektuellen ging in die USA, wo sich für sie erstmals die Möglichkeit bot, eine akademische Laufbahn mit Aussicht auf Erfolg einzuschlagen. Einige Beispiele mögen diesen Weg illustrieren:

Albert Lauterbach war anfangs wissenschaftlicher Mitarbeiter des Institute for Social Research der Columbia University, später kurz am Brooklyn College und in Princeton und ab 1943 Professor für Ökonomie in New York.

Auch Adolf Sturmthal, der frühere Mitarbeiter Friedrich Adlers in der Sozialistischen Arbeiterinternationale, begann in den USA eine Universitätslaufbahn, die ihn schließlich zu einem führenden Vertreter der Industrial Relations-Forschung werden ließ.

Albert Schreckinger begann 1940 an der School of Social Work der University Minnesota zu arbeiten.

Die Karrieren von Lazarsfeld, Jahoda, Zeisel und Gerschenkron waren bekanntlich noch erfolgreicher.<sup>14</sup>

Für die meisten jener, die in die USA gingen, läßt sich eine, was die **aktive** politische Beteiligung, beispielsweise Tätigkeit in Exilorganisationen, anlangt, Entpolitisierung konstatieren. Die Verlagerung des Aktivitätsschwerpunktes hin zur professionellen Arbeit als universitäre Sozialwissenschaftler war wohl ohne echte Alternative, wie das Beispiel Sturmthals zeigt, der bis 1950 Vorstandsmitglied der American Friends of Austrian Labor blieb und sich erst danach der akademischen Laufbahn zuwandte. Dennoch wäre es m.E. falsch, wenn man aus dem Umstand der Nichtteilnahme an den Exilorganisationen auf eine habituelle Entpolitisierung – etwa analog dem Verhalten von Exkommunikation nach der zweiten Konversion – schließen würde. Angemessener scheint eine Betrachtungsweise, die

darauf Bezug nimmt, daß für all jene, die vor der Emigration keine Berufspolitiker waren, im Exil eine Akzentverschiebung Platz griff, wie sie bei politisch engagierten Intellektuellen auftreten kann, ohne daß grundlegende Werthaltungen und Überzeugungen deswegen geändert werden müssen. Intellektuelle sind in ihrem Engagement von den ihnen zugänglichen und offenstehenden Gelegenheiten abhängig, die ihnen beispielsweise politische Parteien offerieren, welche sie aber nicht selbst schaffen können. Fehlen derartige Gelegenheiten, dem Engagement Ausdruck zu verleihen, kann der sich seiner politischen Rolle und Verantwortung bewußte Intellektuelle entweder scheinbar unpolitisch reagieren und sich auf Berufsrolle und Privatleben zurückziehen oder sich eskapistisch gebärden und so tun, als wären er und seine paar Freunde eine politische Bewegung. Im Gegensatz zu einem in studentenbewegten Tagen weit verbreiteten Verdikt gegen die unpolitischen Sozialwissenschaftler à la Lazarsfeld<sup>15</sup> sei hier mit Nachdruck die Berechtigung des Rückzugs auf die Wissenschaftlerrolle betont.

Darüber sollte man nicht übersehen, daß mutmaßlich bei den meisten emigrierten linken Sozialwissenschaftlern auch eine politische Ernüchterung anderer Art Platz griff. Frühere Gewißheiten über die Richtung und das Tempo der sozialen Entwicklung wurden durch die Loyalität der Massen zum Nationalsozialismus nachhaltig erschüttert. Marie Jahoda, die nach ihrer Enthaltung 1937 ausgewiesen wurde, arbeitete lange Zeit in der sozialistischen Exilorganisation in London mit. Ihre Berufsarbeit als Sozialpsychologin war im Vergleich zu den Zeiten der Forschungsstelle in Wien gänzlich von der politischen Bewegung abgekoppelt. Das bedeutete aber nicht, daß sie bei einer Untersuchung über Arbeitslose in Südwales nicht die gleichen Überzeugungen und Werthaltungen geleitet hätten wie Jahre davor in Marienthal. Allein, für wen diese Studie politisch von Nutzen hätte sein können, entzog sich ihrer direkten Einflußnahme.<sup>16</sup> In einer solchen Lage dennoch über sozial relevante Probleme zu forschen und als gültig betrachtete normative Positionen nicht aufzugeben, scheint das zu sein, was ein intellektueller tun kann, dem die Einbindung in eine soziale Bewegung verunmöglicht wurde.<sup>17</sup>

An den wissenschaftlichen Arbeiten der österreichischen sozialwissenschaftlichen Emigranten dieser Jahre fällt auf, daß sie nur selten politische oder soziale Probleme der Gesellschaft thematisierten, aus der sie eben verstoßen wurden. Beiträge von Österreichern zur

Analyse des Nationalsozialismus fehlen fast gänzlich; die wenigen Arbeiten stammen bezeichnenderweise von Autoren, die zum Zeitpunkt der Abfassung in Exilparteien tätig waren.<sup>18</sup> Vergleiche mit den aus Deutschland Vertriebenen, die führend an der Ausarbeitung etwa der Totalitarismustheorie beteiligt waren oder eigenständige Analysen der NS-Herrschaft veröffentlichten, lassen das "Desinteresse" der Österreicher an der NS-Thematik noch schärfer hervortreten. Es ist allerdings ungemein schwer, den motivationalen Hintergrund dieser ausbleibenden Thematisierung auszuleuchten und zu entscheiden, ob dafür eine stärkere kosmopolitische Haltung der Österreicher, wofür es unabhängig von der hier erörterten Problematik Indizien gibt, verantwortlich zeichnete, oder eine Überwältigung, die sprachlos werden ließ, ausschlaggebend war.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft standen sowohl die Sozialdemokratie als auch das österreichische Wissenschaftssystem vor dem Problem, die Lücken, die Terror, Vertreibung und Krieg gerissen hatten, zu schließen. Bekanntlich löste man in beiden Fällen das Problem auf unerwartet einfache Weise: hier wie da integrierte man einstige Parteigänger der NSDAP, während aus den Exilanten nun definitiv Emigranten wurden. Dieser vom Resultat her und in den groben Zügen seiner Geschichte bekannte Vorgang scheint mir in seiner Feinstruktur dennoch bislang nicht hinreichend geklärt worden zu sein. Aus der Generation der hier behandelten Sozialwissenschaftler kehrten nur wenige, und diese meist sehr spät zurück (Gertrude Wagner, Elisabeth Schilder, Eduard März, Adolf Kozlik). Selbst diese wenigen fanden im Nachkriegsösterreich, wenn überhaupt, dann erst zwei Jahrzehnte verspätet, Aufnahme in das formelle Wissenschaftssystem. Ehe auf Gründe dafür eingegangen wird, muß aber, soweit das beim bisherigen Wissensstand möglich ist, den Fragen nachgegangen werden, wer rückkehrwillig war und wer österreichischen Stellen als solcher bekannt war. Zwar ist es wohl richtig, daß ein - nie erfolgter - genereller Aufruf zur Rückkehr an die Emigranten die Willigkeit dazu positiv beeinflusst hätte, doch bringt es m. E. für eine Analyse des konkreten politischen Handelns der österreichischen Eliten wenig, wenn man auf diesem allgemeinen Niveau der versäumten Möglichkeiten argumentiert. Wenn man zeigen kann, daß erstens Personen vorhanden waren, die zurückkommen wollten, und zweitens österreichische Stellen davon wußten, hat man ein sicheres Fundament für eine kritische Beurteilung. Beides läßt sich wenigstens

exemplarisch zeigen: So war das Unterrichtsministerium schon 1946 im Besitz einer umfangreichen Namensliste, die ihm von einer konservativen Emigrantenorganisation für den Zweck der Rekonstruktion der österreichischen Universitäten übermittelt wurde.<sup>19</sup> Trotz der konservativen Verfasser findet man darauf auch Namen linker Wissenschaftler (Julius Klanfer, Gertrude Wagner, Adolf Kozlik). Da in dieser Liste generell Namen jener fehlen, die in den Niederlassungsländern zu diesem Zeitpunkt schon attraktive Positionen innehatten, darf man annehmen, daß die Verfasser die Rückkehrwilligkeit wenigstens abzuschätzen versucht hatten. Diese Initiative blieb ohne Folgen; es läßt sich vielmehr zeigen, daß Bemühungen Rückkehrwilliger von Seiten des Ministeriums hintertrieben wurden.<sup>20</sup>

Über die Haltung der Nachkriegssozialdemokratie zum Emigrantenproblem sind zwar viele Gerüchte im Umlauf, an gesichertem Wissen mangelt es dagegen, was durch Hinweise auf das faktische Resultat nicht aufgewogen wird.<sup>21</sup> Zumindest für einen konkreten Fall aus der hier erörterten Personengruppe gibt es den Beweis dafür, daß eine Bitte um eine formelle Einladung nach Österreich brüsk verweigert wurde, ohne auch nur den Versuch unternommen zu haben, zu klären, was es mit dieser Bitte für eine Bewandnis haben mochte.<sup>22</sup> Generell wird man für die SPÖ zurecht annehmen können, daß sie über Namen und Aufenthaltsorte weiterer gegebenenfalls Rückkehrwilliger informiert war, womit die Bekundung des Unterrichtsministeriums, man wisse nicht, wo sich wer aufhalte, unimitierbar war. Ganz anders gestaltete sich die Remigrationsfrage für Kommunisten, von denen Leo Stern, Walter Hollitscher, Albert Fuchs u.a. unmittelbar nach Kriegsende nach Österreich zurückkehrten; ob dabei die entscheidende Initiative von den Personen oder von Seiten der Partei ausging, muß offen bleiben.

Versucht man auf diesem zugegeben provisorischen und fragmentarischen Fundament die Remigrationsproblematik zu bilanzieren, gelangt man zu folgenden Thesen. Für die Sicht der Emigranten wird man folgende Aspekte hervorheben können:

1. Linken Sozialwissenschaftlern, die aus Österreich flüchten mußten, gelang es in den Niederlassungsländern mehrheitlich relativ rasch, beruflich Erfolg zu haben. Die Positionen, die sie erreichten, waren im Vergleich zu ihren früheren in Österreich in professioneller Hinsicht attraktiver.

2. Aufgrund ihrer Stellung im Lebenszyklus fielen die Exiljahre oft mit der Phase der Familiengründung zusammen, was manchmal die Bindungen zum Niederlassungsland intensivierte.

3. Die hier Berücksichtigten waren in ihrer politischen Sozialisation mit internationalistischen Positionen vertraut gemacht worden, ihre wissenschaftliche Ausbildung und die professionellen Erfahrungen im Exil dürften kosmopolitische Orientierungen – im Sinne Mertons<sup>23</sup> – eher verstärkt haben. Die ablehnende Haltung der österreichischen Sozialisten gegenüber der antifaschistischen Kreation der österreichischen Nation hat diese Einstellung vermutlich noch verstärkt. Berücksichtigt man außerdem, daß die Niederlage der Arbeiterbewegung auch hinsichtlich früherer Zukunftsgewißheit desillusionierend gewirkt haben dürfte, wird man folgern können, daß für diese Generation nach 1945 keine klar umrissene politische Perspektive, die eine Beteiligung ihrer eigenen Person erforderlich gemacht hätte, existierte.

4. Als früheren politischen Aktivisten wird diesen Emigranten die Opfer-Legende Nachkriegsösterreichs nicht plausibel erschienen sein. Vielmehr ist anzunehmen, daß sie über die tatsächliche oder vermeintliche Kollaboration derer, die im Land geblieben sind, eine eigene, von der Opfer-Legende abweichende Meinung hatten. Die personelle Zusammensetzung der Nachkriegssozialdemokratie dürfte diese Ansichten bestätigt haben und muß bei ehemaligen Revolutionären Sozialisten obendrein fraktionell bedingte Irritation ausgelöst haben.

5. Bei den Juden mußte die Nazi-Barbarei eine kollektive und in vielen Fällen wohl auch familiär bedingte Abscheu gegen jene Kultur und Gesellschaft hervorgerufen haben, in der das möglich war.

6. Das Verhalten der SPÖ nach 1945, vor allem das provokante Desinteresse an den Emigranten, wird den Entschluß, nicht nach Österreich zurückzugehen, bestärkt haben.

Haltungen und Einstellungen der in Österreich Agierenden sind bedeutend schwieriger zu durchleuchten, was nicht zuletzt darin seinen Grund hat, daß die Meinungen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Elite dieser Jahre bislang nicht publik gemacht wurden. Trotz des Fehlens diesbezüglich relevanter Selbstäußerungen wird man aus den vorhandenen Indizien die folgenden drei, das bekannte Nichthandeln motivierenden Grundorientierungen als hypothetische Erklärung ableiten können.

**Erstens** dürften die führenden Männer der Nachkriegssozialdemokratie von der Erwartung ausgegangen sein, daß ihnen im Fall der Rückkehr der Exilanten eine politische Konkurrenz erwachsen würde. Ein reales Fundament fand diese Angst darin, daß die Mehrheit der Emigrierten den Revolutionären Sozialisten der illegalen Zeit nach 1934 verbunden waren. Der Sieg der alten Rechten über die RSIer und Bauerianer war nach 1945 wohl auch deswegen vergleichsweise leicht zu erringen, weil diese personell unterbesetzt waren.

**Zweitens** mußten die während der NS-Zeit im Land Gebliebenen, sofern sie nicht in den Konzentrationslagern waren, damit rechnen, mit der zweifellos peinlichen Frage konfrontiert zu werden, was sie während der NS-Diktatur getan und wie sie sich verhalten hatten. Die Jahrzehnte währende Praxis der historischen Schuldaufrechnung, wie sie beispielsweise in den Nationalratsdebatten zum Ausdruck kam ("Arbeitermörder" und andere Zwischenrufe), erlaubt es anzunehmen, daß auch Sozialdemokraten damit rechneten, selbst zu Beschuldigten in derartigen Farcen – in welchen sich allerdings, im Unterschied zu Marxens These, diesfalls die Historie nur verbal zu wiederholen pflegte – zu werden.

**Drittens** kann man davon ausgehen, daß die folgende Behauptung historisch bestätigbar sein wird: Für viele (auch sogenannte Spitzenpolitiker) war der eben zuende gegangene Krieg eine Niederlage und daher bestand eine, vielleicht vorbewußte, mentale Aversion gegen jene, die während des Krieges auf der Seite der Alliierten gelebt oder gekämpft hatten. Unter diesem Blickwinkel – die Emigranten als Sieger und sich selbst als Verlierer zu sehen – können die jahrelangen aversiven Ausbrüche gegen "die" Emigranten jedenfalls eher verstanden und nachvollzogen werden.<sup>24</sup>

Man kann diese drei Einstellungen auch unter dem Oberbegriff "Antisemitismus" zusammenfassen, weil sie charakteristischen antijüdischen Stereotypen täuschend ähnlich sind: der erfolgreiche, der ob seiner Intellektualität zersetzende und der wurzellose Jude – allerdings glaube ich, daß eine Detaillierung im hier angedeuteten Sinn analytisch fruchtbar ist, was eine nachfolgende Konklusion in Richtung Antisemitismus allerdings nicht ausschließt.

Die Nichtrückkehr der emigrierten Intellektuellen scheint zur beschleunigten Durchsetzung einer weiteren Facette des Ausdünnungsprozesses beigetragen zu haben, der möglicherweise auch anderenfalls eingetreten wäre, dessen rapider "Erfolg" dennoch vermuten

läßt, daß er verzögerbar gewesen wäre. Der Verfall der Intellektualität, wie dieses Phänomen hier genannt werden soll, besitzt verschiedene Seiten.

Auf der kognitiven Ebene sind zwei parallele Entwicklungen zu konstatieren: Während die Emigranten in den Niederlassungsländern eine beachtenswerte Fülle gerade auch gesellschaftstheoretisch bedeutsamer Werke verfaßten, die in Österreich allesamt kaum rezipiert wurden,<sup>25</sup> fielen die theoretischen Analysen der Nachkriegssozialdemokratie gegenüber dem in der Zwischenkriegszeit schon einmal erreichten Niveau deutlich zurück. Diese These läßt sich an verschiedenen Beispielen exemplifizieren, hier soll sie anhand der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus illustriert werden. Um die Vergleichbarkeit zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsdiskussion zumindest formal sicherzustellen, wähle ich als Referenzebene Parteitage. Am Parteitag 1932 hielt Otto Bauer das Hauptreferat zum Thema "Faschismus, Demokratie und Sozialismus".<sup>26</sup> 1932 wurde damit, wie Bauer selbst hervorhebt, erstmals auf einem Parteitag über die faschistische Bewegung diskutiert. Bauer beginnt seine Ausführungen mit einer Erörterung der destabilisierenden Folgen der Weltwirtschaftskrise. Am Beispiel des Deutschen Reiches zeigt er die nicht-ökonomischen Konsequenzen der Krise auf: Das parlamentarische System wurde "in wenigen Monaten zerstört und funktionsunfähig gemacht", die Außenpolitik wurde in nationalistisches Fahrwasser gelenkt und die "alten Herrenklassen konnten ihre Diktatur wieder aufrichten" (was immer das heißen mag). Man könne in all dem eine Bestätigung einer der "Grundkenntnisse des Marxismus" sehen, wonach jede Umwälzung der wirtschaftlichen Basis der Gesellschaft auch ihren politischen und geistigen Überbau umwälze. Allerdings bedrohe die "ungeheure Flut des Nationalfaschismus" auch Österreich. Überraschenderweise sieht Bauer aber die größere Gefahr nicht auf die Arbeiterbewegung, sondern auf den Bürgerblock zukommen. Weil die nächsten Wahlen diesen um seine Mehrheit bringen würden, was das Ende seines politischen Systems bedeutete, zögerten die bürgerlichen Parteien die Wahlen hinaus. Im Gegensatz zu dieser Verharmlosung der faschistischen Gefahr analysiert Bauer die soziale Zusammensetzung der Anhängerschaft des "Nationalfaschismus" sehr klarsichtig. "Es ist das Wesentliche an dem Faschismus, daß die verschiedensten Klassen aus den entgegengesetzten Gründen von einem Diktator zu träumen beginnen." Wobei



Bauer die Arbeiterklasse offenkundig für immun gegenüber derartigen Verlockungen hielt; Verlockungen freilich, denen sie nur widerstehen könnte, wenn ihre moralische Integrität nicht zerbrach, da die objektive Lebenslage, die Bauer für andere soziale Schichten skizzierte, bald auch für die Arbeiterklasse Geltung erlangen sollte: "Auch breite, arbeitende Volksmassen (sind) mit der Bourgeoisrepublik unzufrieden: der Kleinbürger, den die Wirtschaftskrise ruiniert, der Bauer, der die Hypothekarzinsen nicht mehr erschwingen kann, der Angestellte, der arbeitslos ist, der Beamte, dessen Gehalt infolge der Finanznot des Staates gekürzt wird: sie alle lehnen sich gegen die Bourgeoisrepublik auf... Die einen hassen die Bourgeoisrepublik, weil sie eine Republik ist, und die anderen hassen sie, weil sie eine Bourgeoisrepublik ist." Man sieht, daß sich Bauer zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht vorstellen kann, daß beispielsweise langdauernde Arbeitslosigkeit auch Arbeiter in die Arme des Faschismus treiben kann. Trotz mancher aus der historischen Distanz ins Auge springender Fehltritte, stellt Bauers Referat immerhin den Versuch dar, eine kohärente Analyse des aufsteigenden Faschismus zu formulieren.

Sehen wir nun, was 13 Jahre später, am Parteitag 1945 an politischen Analysen des Nationalsozialismus geboten wurde. Trotz der für die Beurteilung günstigeren Situation – immerhin handelt es sich um eine rückblickende Beurteilung – werden wir enttäuscht. Keiner der Referenten des Parteitages fühlte sich bemüßigt, die eben niedergeschlagene Barbarei in Beziehung zu setzen zu den Möglichkeiten und Aufgaben der Arbeiterbewegung.<sup>27</sup> In seiner Eröffnungsrede spricht Karl Seitz zwar über die Vergangenheit, dies allerdings in sehr allgemeinen Wendungen und weit ausholend. Beginnend bei den "Uranfängen der Zivilisation und Kultur" über die Französische Revolution, das alte, kaiserliche Österreich und abschließend doch noch einige Worte zur jüngsten Vergangenheit: "Nach dem 12. November, an welchem Tage Victor Adler nicht mehr unter uns war, hatten wir einen schweren Stand in diesem Parlament. Jetzt will ich nicht reden von den kleinen Zwischenfällen, von Dollfuß und Schuschnigg, und was da so an Nullen in Österreich spazieren ging oder auch auf den Ministerbänken saß, ich will nur davon sprechen, was dann die große Gefahr war, als der deutsche Faschismus, als die Hitlerei in Österreich einbrach und dieses Land eroberte. Uns setzte man in die Kerker und der Faschismus triumphierte."

Im Bericht der Parteivertretung, den Oskar Helmer erstattete, findet man erst auf der sechsten Seite einen zusammenhängenden Satz zu Nationalsozialismus: "In allen Bundesländern hat der Faschismus viele unserer besten Genossen gemordet, außer Landes getrieben und tausende in die Kerker gesteckt. Viele haben uns verlassen. Mit Wehmut gedenken wir dieser Braven. Aber all diese Schläge haben wir dank der Anhänglichkeit der Arbeiter und Angestellten an unsere Idee zu überwinden vermocht. Das zeigt der Welt das Ergebnis der Wahl vom 25. November." Der Hauptreferent, Adolf Schärf, knüpft eben dort an – ihn interessiert offenkundig der Nationalsozialismus überhaupt nicht, nur die ehemaligen Nazis dürfen Aufmerksamkeit für sich in Anspruch nehmen. Das schlechte Abschneiden der Wiener SPÖ bei den Novemberwahlen, vermutet Schärf, hing damit zusammen, daß "der Familienanhang der Nationalsozialisten hier gegen uns gestimmt hat". Und an anderer Stelle kleidet er seine Meinung in ein Zitat eines englischen Journalisten: "Er glaubt nicht, daß es möglich sei, einen so hohen Prozentsatz – er meinte zehn Prozent – wie es die Nationalsozialisten seien, dauernd aus der Eingliederung in Wirtschaft und Staat auszuschließen. Ich weiß, daß bei uns die Meinungen hierüber geteilt sind, doch eine Dauerlösung wird früher oder später gesucht werden müssen." So wie Schärf eines der zentralen Probleme Nachkriegsösterreichs ansprach und schnell beiseite schob, sprachen auch andere Debattenredner aktuelle Probleme nur an:

Der Delegierte der Sozialistischen Jugend, Peter Strasser: "Wir stehen noch vor anderen schweren Fragen, die wir nicht nur in unserem Organisationsleben, sondern in der Jugend vorfinden. Wir finden zwei Typen, die der Nationalsozialismus entwickelt hat. Den Typus des Hitlerjungen und im Gegensatz dazu den des Schlurfs, und leider muß man sagen: wenn der Hitlerjunge immerhin den kollektiven Gedanken verkörpert, so verkörpert der Schlurf den Individualisten, also denjenigen, der sich in der Opposition zum Nationalsozialismus entwickelt hat. Dieser Hitlerjunge ist für uns noch viel eher annehmbar als der individualistische Schlurf."<sup>28</sup> Der Delegierte Rudolf Appel aus Krems wußte über die vergangene Wahlwerbung zu berichten: "Aber gerade die Wählerversammlungen auf dem Lande haben gezeigt, daß uns dort, wo wir vom Naziproblem sprachen, eisige Kälte entgegengebracht wurde, während dort, wo wir das Positive unserer

Partei hervorgehoben haben, die Massen begeistert mit uns gegangen sind."

Um dem Einwand zu begegnen, es werde hier ein unfairer Vergleich gezogen, kann darauf verwiesen werden, daß der behauptete Verfall an Intellektualität sich auch auf dem Niveau des Vergleichs der Äußerungen Einzelner nachweisen läßt. So analysierte beispielsweise Karl Renner 1932 den zur Macht strebenden Nationalsozialismus soziologisch bedeutend differenzierter, während er in dem nachgelassenen Werk "Wandlungen der modernen Gesellschaft",<sup>29</sup> in welchem er dem Faschismus Bemerkungen widmet, mit grobschlächtigen Psychologismen (Hitler als "geistig nicht normaler Abenteurer") und der zu Erklärungen nicht vordringenden Konstatierung des sozialen Wandels ("geänderte Ökonomie, geänderte Klassen, geänderte politische Einrichtungen, eine veränderte Welt" bestimmten "die Geschehnisse unserer Tage") meint das Auslangen finden zu können.

Vergleicht man schließlich die Fülle von Analysen und Abhandlungen, die nach dem Februar 1934 versuchten, die Niederlage zu begreifen, überrascht das fast gänzliche Fehlen von Analysen des Nationalsozialismus umso mehr. Was nach 1945 von Sozialdemokraten geschrieben wurde, erscheint im Vergleich begrifflos, platt und theoretisch vulgär. Sieht man von Benedikt Kautskys Buch über die Konzentrationslager ab, scheint es zutreffend zu sein, von einem kollektiven Nicht-Wissen-Wollen zu sprechen.

Stattdessen begnügte man sich in der Nachkriegssozialdemokratie damit, dem tagespolitischen Pragmatismus Girlanden affirmativer Proklamationen zu flechten. Charakteristisch dafür sind zwei Bücher, die in den 40er Jahren im Verlag des ÖGB erschienen: James Burnhams "Die Revolution der Manager" und Albert Lauterbachs "Planung und Freiheit"<sup>30</sup> (übrigens das einzige Buch eines Emigranten, das in diesen Jahren der Übersetzung für wert befunden wurde) legitimieren die Rolle der an die Stelle der Betriebsführer getretenen neo-sozialdemokratischen technischen Intelligenz, die ihre faktische Machtübernahme<sup>31</sup> nach der einen Seite als eigentliche Vollendung sozialistischer Utopien präsentierte und an der anderen Seite als Bewahrer westlicher Freiheiten erscheinen wollte. Angesichts solchen Beliebigwerdens von Theorie war eine Wiederaufnahme der 1934ff. abgerissenen Traditionslinien undenkbar. Die Prolongierung des Exils linker Sozialwissenschaftler – die von den Alliierten im Gegensatz zu

Westdeutschland hingenommen wurde<sup>32</sup> – verunmöglichte aber auch das (Wieder-)Entstehen einer theoretische Debatten fördernden und intellektuellen Anregungen ausstrahlenden spezifischen Organisationsform des Diskurses. Die zahllosen Diskussionszirkei und Arbeitsgemeinschaften der Zwischenkriegszeit, die formal starke Ähnlichkeiten mit dem bürgerlichen Salon hatten, fanden keine Neuaufgabe. Dem dort stattgefundenen zwanglosen Aufeinandertreffen von an Theorie interessierten Politikern und an Politik interessierten Sozialwissenschaftlern war durch die Vertreibung und Vernichtung des linken jüdischen Bürgertums die lebensweltliche und soziale Basis entzogen worden. Die Geschichte der österreichischen Sozialwissenschaften und die des politischen Diskurses der Zweiten Republik illustriert nachdrücklichst die Konsequenzen dieses Verlustes.

## Anmerkungen

(1) Österreicher im Exil 1934 bis 1945. Protokoll des internationalen Symposiums zur Erforschung des österreichischen Exils von 1934 bis 1945, abgehalten vom 3. bis 6. Juni 1975 in Wien, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, Wien: Bundesverlag 1977.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Hrsg., Österreicher im Exil: Frankreich 1938 – 1945. Eine Dokumentation, Auswahl und Bearbeitung: Ulrich Weinzierl, Wien, Bundesverlag 1984

(2) Karl R. Stadler, *Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbundemigration 1934*, Wien, Europaverlag 1974

(3) Neuerdings: Friedrich Stadler, Hrsg., *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Wien, Jugend und Volk 1987

(4) Daß das nicht immer so war, beweist z.B. die Rezeptionsgeschichte und Nichtübersetzung von Julius Braunthal, *The Tragedy of Austria*, London, Goliarcz 1948

(5) Das zuletzt genannte Kriterium soll die Probleme, die Otto Leichter, Friedrich Adler u.a. hatten, für den vorliegenden Kontext ausklammern.

(6) Es handelt sich um den Versuch, biographische Daten folgender Personen vergleichend und komprimierend zu analysieren: Paul F. Lazarsfeld, Leo Stern, Adolf Sturmthal, Marie Jahoda, Alexander Gerschenkron, Elisabeth Schilder, Albert Lauterbach, Gertrude Wagner, Julius Klanfer, Hans Zeisel, Adolf Kozlik, Eduard März und Leo Kofler. Informationsquelle waren vorerst: *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, 3 Bde., München, Saur 1980 und 1983, sowie Interviews, Autobiographien, Memoiren und andere Darstellungen der Zwischenkriegszeit.

(7) Marie Jahoda, Interview in: Mathias Greffrath, Hrsg., Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, Reinbek, Rowohlt 1979, S. 113

(8) Vgl. zu den hier referierten Maßnahmen Friedrich Stadler, Vom Positivismus zur "Wissenschaftlichen Weltanschauung". Am Beispiel der Wirkungsgeschichte von Ernst Mach in Österreich 1895 bis 1934, Wien, Löcker 1982, S. 196ff.; Stadler, Hrsg., Vertriebene Vernunft I..., a.a.O. (Fn. 3), passim und Christian Fleck, Einleitung, in: Marie Jahoda, Arbeitslose bei der Arbeit. Die Nachfolgeuntersuchung zu "Marienthal" aus dem Jahre 1938, Frankfurt, Campus 1989

(9) Siehe: Hans Zeisei, Ein Einwand gegen die Marxsche Wertlehre, in: Kampf 1930, S. 391ff., sowie seine mehrfache Mitarbeit an der Rubrik "Weltwirtschaft Rundschau" in: Arbeit und Wirtschaft, Jg. 1929, 1930; Leo Sterns Rezension erschien im "Kampf" 1931, S. 238, seine Arbeiten über Steuerfragen in "Arbeit und Wirtschaft" 1932, S. 521ff., vgl. auch weitere Rezensionen in "Kampf" 1932 und 1933. Gerschenkron war in den letzten Jahrgängen des Kampfes ständiger Rezensent, seine Kritik an Renner erschien 1932; Gertrude Wagner schrieb in "Arbeit und Wirtschaft", von ihr stammt auch jener Bericht über "Die Programmwünsche der österreichischen Radiohörer", der im Archiv für die gesamte Psychologie, Bd. 90, 1934, S. 157ff. über eine marktpsychologische Erhebung der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle berichtet.

(10) Gerald Mozetic, Die Gesellschaftstheorie des Austromarxismus. Geistesgeschichtliche Voraussetzungen, Methodologie und soziologisches Programm, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1987, darin auch eine ausführliche Auseinandersetzung mit der bisherigen Sekundärliteratur zum Austromarxismus.

(11) S. Paul F. Lazarsfeld, Eine Episode in der Geschichte der empirischen Soziologie. Erinnerungen, in: Talcott Parsons u.a., Soziologie - autobiographisch, Stuttgart, Enke 1975, S. 214

(12) S. den umfassenden Überblick in Ernst Glasers gleichnamigem Buch, Wien, Europaverlag 1981

(13) Informationen aus dem Biographischen Handbuch..., a.a.O., (Fn. 6) und Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867-1918, Wien, Löcker 1984 (1. Aufl. 1949), wo ein Teil der Autobiographie von Fuchs abgedruckt wurde

(14) Informationen aus dem Biographischen Handbuch..., a.a.O., (Fn. 6)

(15) Lazarsfeld berichtet über derartige Kritik eine Anekdote: "Während eines Vortrages sagte ich einmal, daß ich nicht mit meinen Kollegen übereinstimme, da ich mich als Marxist auf Urlaub betrachte; darauf rief mir jemand mit dröhnender Stimme aus dem Publikum zu: 'Wer hat Ihnen Urlaub gegeben?'" in: Wissenschaft und Sozialforschung. Ein Gespräch mit Paul F. Lazarsfeld, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 28, 1976, S. 799

(16) Vgl. dazu ausführlicher meine Einleitung zu: Jahoda, Arbeitslose bei der Arbeit..., a.a.O., (Fn. 8)

(17) Die Kritik an Lazarsfeld, daß er einem geistlosen Empirismus verfallen sei, scheint mir im Gegensatz zu dem weiter oben zurückgewiesenen pauschalen Vorwurf der unpolitischen Haltung, durchaus zutreffend, vgl. C.Wright Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, Neuwied, Luchterhand 1963

(18) Adolf Sturmthal, The Tragedy of European Labor 1918-1939, New York, Columbia University Press 1943; Friedrich O. Hertz, Nationality in History and Politics, London 1944 und das erwähnte Buch von Braunthal (Fn. 4)

(19) S. dazu ausführlicher: Christian Fleck, Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil, in: F. Stadler, Hrsg., Vertriebene Vernunft I, ...a.a.O. (Fn. 3), S. 201ff.

(20) Vgl. den in Fn. 19 erwähnten Aufsatz

(21) Die meisten beziehen sich auf eine Bemerkung bei Braunthal, wonach die SPÖ-Führung bereits in einem der ersten Schreiben an die im Exil Lebenden davon gesprochen hätte, daß "die Rückkehr einer größeren Zahl von Juden mit einer gewissen Besorgnis betrachtet würde", Braunthal, a.a.O. (Fn. 4), S. 121

(22) Es handelt sich um einen Versuch Marie Jahodas, s. dazu näher: Christian Fleck, Marie Jahoda, in: Friedrich Stadler, Hrsg., Vertriebene Vernunft II, Wien-München, Verlag Jugend & Volk 1988, S. 345ff.

(23) Robert K. Merton, Social Theory and Social Structure, enlarged Edition, New York 1968, S. 604ff.

(24) Beispiele dazu finden sich in Christian Fleck, Der Fall Brandweiner. Universität im Kalten Krieg, Wien, Verlag für Gesellschaftskritik 1987, S. 82f.

(25) Man vergleiche die Besprechungen, die in den entsprechenden Jahrgängen der "Zukunft" erschienen

(26) Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages, Wien, Arbeiterheim Ottakring, Wien 1932, daraus die folgenden Zitate. Zitiert nach Otto Bauer Werke, Bd. 5, Wien, Europaverlag 1978, S. 641ff.

(27) Protokoll des Parteitages der Sozialistischen Partei Österreichs Wien 1945, daraus die folgenden Zitate

(28) Daß dies kein vereinzelter Ausrutscher war, belegt Fritz Keller, Ein neuer Frühling? Sozialistische Jugendorganisationen 1945 bis 1965, Wien, Europa Verlag 1985, S. 36f.

(29) Karl Renner, Wandlungen der modernen Gesellschaft. Zwei Abhandlungen über die Probleme der Nachkriegszeit, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1953, die beiden folgenden Zitate: S. 71

(30) Ersteres erschien 1949, zweiteres 1950 in Wien

(31) Es ist hier nicht der Platz, einen Vergleich mit den von György Konrad und Ivan Szeleny analysierten Phänomenen im Realsozialismus zu unternehmen, s. deren: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt, Suhrkamp 1978

(32) Zum besonders US-amerikanischen Einfluß auf die westdeutsche Nachkriegs-  
Soziologie s. Johannes Weyer, Westdeutsche Soziologie 1945 - 1960. Deutsche  
Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluß, Berlin, Duncker & Humblot 1984